

50 Millionen für echte Ganztagschulen – das wäre ein Anfang!

Die Bedeutung und die Notwendigkeit von Ganztagschulen wird heute in der pädagogischen Diskussion nicht mehr bestritten. In rhythmisiert arbeitenden Ganztagschulen kann eine bessere individuelle, sowohl fachliche als auch soziale Förderung der Schülerinnen und Schüler erfolgen. Das kommt allen zu Gute, unabhängig von der sozialen Situation oder dem Einkommen der Eltern. Der gesellschaftliche Bedarf an Ganztagschulen ist enorm gestiegen. Hintergründe hierfür sind eine vermehrte Berufstätigkeit beider Eltern, aber auch die wachsende Zahl Alleinerziehender. Die Schulen müssen neben dem Unterricht immer stärker Erziehungs- und Betreuungsaufgaben wahrnehmen.

Damit Ganztagschulen ihr Potential entfalten können, bedarf es ausreichend fachlich qualifizierten Personals, angemessener räumlicher Bedingungen und eines darauf aufbauenden pädagogischen Konzepts für die Zusammenarbeit in multiprofessionellen Teams. Für die GEW sind das inhaltliche Engagement für echte Ganztagschulen einerseits sowie das Bereitstellen von angemessenen Ressourcen andererseits untrennbar miteinander verbunden und bedingen sich gegenseitig.

Die GEW geht davon aus, dass der Mindestbedarf für eine echte Ganztagschule mit 60 Prozent zusätzlich zur Grundunterrichtsversorgung anzusetzen ist. Die Entscheidung darüber, ob eine Schule zur Ganztagschule wird und welchen Weg sie dabei einschlägt, ist demokratisch innerhalb der Schulgemeinde zu treffen. Werden pädagogische Angebote – egal ob am Vormittag oder Nachmittag – von Lehrkräften durchgeführt, sind diese immer als volle Pflichtstunden abzurechnen. Grundschulen haben andere Bedarfe im Ganztage als Schulen aus der Sekundarstufe I, hier müssen daher andere Konzepte für Ganztagschulen umgesetzt werden können.

Die Große Koalition hat angekündigt, Bundesmittel für Investitionen in Ganztagschulen bereitzustellen. Davon würden auf Hessen 35 Millionen Euro pro Jahr entfallen. Die GEW fordert darüber hinaus zusätzliche Landesmittel in Höhe von 50 Millionen Euro für Personal. Daraus ließen sich etwa 300 Lehrkräfte sowie 300 sozialpädagogische Fachkräfte finanzieren. Dieses zusätzliche Personal soll jeweils zur Hälfte für den Ausbau von echten Ganztagschulen einerseits und für die Qualitätsverbesserung von bestehenden pädagogischen Angeboten andererseits verwendet werden.

Die bisherigen Programme für die Nachmittagsbetreuung an Schulen bewertet die GEW Hessen als unterfinanzierte und halbherzige „Mogelpackungen“, die zu Lasten der Schülerinnen und Schüler und der Beschäftigten gehen.

So beinhaltet beispielsweise das so genannte „Profil 1“ lediglich ein offenes Angebot an drei Nachmittagen pro Woche, das an manchen Schulen mit lediglich einer halben zusätzlichen Stelle realisiert werden soll.

Die GEW hat ein Modell für echte Ganztagschulen entwickelt.

Beschluss Ganztagschulen: www.gew-hessen.de/bildung/schule-themen/ganztagschule

500 Millionen Euro

Für ein Sofortprogramm für Bildung

In seiner Frühjahrsklausur im März hat der Landesvorstand der GEW Hessen ausführlich über die Finanzspielräume im Haushalt des Landes Hessen beraten. Die GEW Hessen stellt fest: „In der mittelfristigen Haushaltsplanung ist zum ersten Mal seit Jahrzehnten genügend Geld da, um ein „Sofortprogramm für Bildung“ von über 500 Millionen Euro zu finanzieren. Die Möglichkeiten für eine andere Politik sind gegeben und müssen umgesetzt werden!“

Zur Finanzierung des Programms stehen die zusätzlichen Mittel aus der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehung (Länderfinanzausgleich) mit 585 Millionen Euro zur Verfügung.

Weiter sind im Hessischen Haushalt über 1,1 Milliarden Euro als Rücklage für möglicherweise geminderte Steuereinnahmen aus Steuerensenkungen des Bundes vorgesehen. Im Entwurf zum Koalitionsvertrag zur Bildung einer neuen Großen Koalition im Bund sind jedoch keine Steuerensenkungen vorgesehen, die die Länderebene belasten werden. Diese Rücklagen sind unnötig und können daher für Bildung verausgabt werden.

Zum für das Bildungsprogramm verfügbaren Volumen in Höhe von 500 Millionen zählt die GEW Hessen auch 200 Millionen Euro, die im Hessischen Haushalt unter dem Schlagwort „Generationengerechtigkeit“ für Nettotilgungen vorgesehen sind. Aufgrund der sogenannten „Schuldenbremse“ wird sich die Tragfähigkeit der Staatsverschuldung in den nächsten Jahren kontinuierlich erhöhen. Die GEW Hessen bewertet es als unsinnig, darüber hinaus auch noch Tilgungen vorzusehen. Dieses Geld ist in Bildung im „Hier und Jetzt“ besser angelegt.

Über die mittelfristige Haushaltsplanung hinaus fordert die GEW Hessen öffentliches Vermögen – wozu auch das Gemeingut Bildung gehört – durch die Wiedererhebung einer angemessenen Vermögenssteuer sicherzustellen.

Alle Forderungen des „Sofortprogramms für Bildung“ sind ohne unmittelbare Steuererhöhungen realisierbar!

Das „Sofortprogramm für Bildung“ umfasst die Bereiche Schule, den qualitativen Ausbau der Kindertagesstätten und die Hochschulen.